

Genehmigt am 17.1.2002

Protokoll Nr. 59

Sitzung von Donnerstag, 15. November 2001, 17.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzende:

Präsident Christoph Stalder
1. Vizepräsidentin Annemarie Sancar

Anwesend:

Raymond Anliker	Daniele Jenni	Sabine Schärer
Thomas Balmer	Michael Jordi	Doris Schneider
Oskar Balsiger	German Kalbermatten	Beat Schori
Dieter Beyeler	Esther Kälin Plézer	Rolf Schuler
Margrith Beyeler	Daniel Kast	Miriam Schwarz
Peter Blaser	Rudolf Keller	Rudolph Schweizer
Markus Blatter	Margareta Klein-Meyer	Sylvia Spring Hunziker
Jsabelle Blunschy	Blaise Kropf	Ernst Stauffer
Christine Bosshardt	Andreas Krummen	Michael Straub
Annette Brunner	Peter Künzler	Barbara Streit-Stettler
Peter Bühler	Annemarie Lehmann	Ueli Stückelberger
Walter Christen	Melanie Leskow	Béatrice Stucki
Marie-Louise Durrer	Liselotte Lüscher	Margrit Stucki-Mäder
Rudolf Friedli	Edith Madl Kubik	Hans-Ulrich Suter
Verena Furrer-Lehmann	Irène Marti Anliker	Katharina Suter
Hans Ulrich Gränicher	Mario Marti	Max Suter
Guglielmo Grossi	Corinne Mathieu	Margrit Thomet
Adrian Haas	Barbara Mühlheim	Eva von Ballmoos
Rolf Häberli	Christoph Müller	Catherine Weber
Ueli Haudenschild	Rosmarie Okle Zimmermann	Thomas Weil
Kurt Hirsbrunner	Lydia Riesen	Kurt W. Weyermann
Stephan Hügli	Heinz Rub	Beat Zobrist
Natalie Imboden	Ursula Rudin-Vonwil	Andreas Zysset
Urs Jaberg	Erich Ryter	

Entschuldigt:

Michael Aebersold	Anton Maillard	Ruth Rauch
Peter Bernasconi	Philippe Müller	Peter Sigerist
Thomas Fuchs		

Vertretung des Gemeinderats:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert
Therese Frösch
Adrian Guggisberg
Edith Olibet
Alexander Tschäppät
Kurt Wasserfallen

Ordentliche Traktanden

Fortsetzung der Beratungen der 1. Nachmittagssitzung

4 Voranschlag für das Jahr 2002 (Vortrag sowie Abstimmungsbotschaft) inklusive Produktgruppen-Budgets; Fortsetzung

Eintretensdebatte; Fortsetzung

Fraktionserklärungen

Stephan Hügli (FDP) verweist auf seine Ausführungen zum Minderheitsantrag der FIKO und begründet folgenden *Rückweisungsantrag* seiner Fraktion:

Das Budget 2002 wird an den Gemeinderat zurückgewiesen mit dem Auftrag, dem Stadtrat umgehend ein neues Budget *gemeinsam mit einem echten Sanierungspaket* zu unterbreiten. Dank diesem Sanierungspaket soll unter Beibehaltung der (FILAG-bereinigten) Steueranlage (das heisst ohne materielle Steuererhöhung auch für die Folgejahre) die rechtzeitige Abtragung des Bilanzfehlbetrages (ohne Moratorium) erreicht werden.

Das vorgenannte Sanierungspaket soll Massnahmen enthalten, wie sie mit den beiden interfraktionellen Vorstössen unter dem Titel „Gesunde Stadtfinanzen“ am 25. Oktober 2001 vorgeschlagen worden sind.

Wie schon einmal dieses Jahr, nämlich beim Budget 2001-II bedauert die FDP ausserordentlich, dass der Gemeinderat die Zeit seit der Verschiebung der Abstimmung über das Budget nicht dazu verwendet hat, um dem Rat ein echtes Sparpaket vorzuschlagen. *Stephan Hügli* könnte sich eine Auslegeordnung vorstellen, bei der die gebundenen und nicht gebundenen Ausgaben aufgelistet und aufgezeigt wird, wo bei den gebundenen und bei den nicht gebundenen Ausgaben mit welchen Konsequenzen gespart werden könnte. Dann sollte diskutiert werden, wo welche Massnahmen allenfalls ergriffen werden sollen. Die FDP-Fraktion hat in vielen Sitzungen und Vorstössen dargelegt, wo und wie die Stadt sparen könnte, ohne dass ein Kahlschlag im städtischen Budget stattfinden muss. Mit uns kann über alles diskutiert werden. Erfreulich ist, dass einige von uns vorgeschlagene, vom Rat vor fünf Jahren abgelehnte Massnahmen entweder von den Rot-grünen selber oder vom Gemeinderat aufgenommen werden. Wir sind froh, wenn es den Stadtfinanzen deswegen besser geht.

Wir sagen auch Ja zu einer Steuererhöhung, die erwähnten 1,2 Steuerzehntel, denn wir haben immer gesagt, die Stadt solle sich beim Kanton für einen Ausgleich unter dem Titel Zentrumslasten einsetzen. Diese 1,2 Steuerzehntel entsprechen dem Mehrertrag aus dem FILAG. Leider wird aber die Stadt unter dem Titel Allgemeiner Finanzausgleich wieder mehr belastet. Die Steuererhöhung hat jedoch Einfluss auf das Portemonnaie der Steuerzahlenden.

Wir sind der Meinung, dass der Gemeinderat seine Hausaufgaben in den letzten Jahren nicht gemacht hat und bitten den Rat, der Rückweisung des Budgets zuzustimmen, damit der Gemeinderat gezwungen wird, uns endlich Massnahmen vorzuschlagen, die längerfristig etwas bringen und uns nicht immer auf das nächste Massnahmenpaket zu vertrösten, denn auch das 9. Massnahmenpaket enthält nur kurzfristige Sparübungen auf dem Buckel der eigenen Werke und subventionierter Institutionen. Das bedeutet längerfristig ein Eigengoal. Wer die Entwicklung der städtischen Finanzen und der Defizite mit offenen Augen betrachtet, muss unserem Antrag zustimmen. Seit Jahren rutschen wir ungebrems in den finanziellen Abgrund. Der Finanzplan ist sehr optimistisch und wird sich so nicht bewahrheiten. Dass wir uns vor-

übergehend an verschiedenen Ästen wie dem Verkauf von Mittel- und Berufsschulen oder des Gaswerks klammern, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass immer noch ein strukturelles Defizit in der Grössenordnung von 2 bis 3 Steuerzehnteln besteht. Dafür gilt es eine Lösung zu finden. Geben wir dem Gemeinderat die nötige Zeit, diese Aufgabe endlich und endgültig anzupacken.

Für die Fraktion SVP/JSVP spricht *Margrit Thomet* (SVP). Wie in den beiden Vorjahren liegt auch für das Jahr 2002 ein ausgeglichenes Budget vor mit einem bereinigten totalen Aufwand und Ertrag von je Fr. 858 655 000.00, was gegenüber dem Budget 2001 eine Einnahmen- und Ausgabenreduktion von Fr. 118 131 000.00 oder 12,1% darstellt. Dieser Rückgang des Aufwandes und Ertrages ist wegen des erstmals wirksamen kantonalen Finanz- und Lastenausgleichs zustande gekommen. Der Cashflow steigt von 61 333 000 auf 68 269 000 Franken. Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen betragen Fr. 67 840 000.00 und die Nettoinvestitionen belaufen sich auf Fr. 56 100 000.00. Dies ergibt einen Selbstfinanzierungsgrad von 120,9%. Entsprechend dem Sanierungsplan des Regierungsrats müssen im Jahr 2002 20,8 Mio Franken des altrechtlichen Finanzfehlbetrags abgebaut werden. Die altrechtlichen Schulden betragen Fr. 291 200 000.00. Auf die Abschreibung des neurechtlichen Bilanzfehlbetrages von 8,8 Mio Franken wird verzichtet (neurechtliche Schulden 44,5 Mio). Der Gemeinderat wird das entsprechende Moratorium beim Regierungsrat beantragen.

Aufgrund des neuen Finanz- und Lastenausgleichs sind wie schon erwähnt die bereinigten Einnahmen und Ausgaben gesunken. Die Stadt erhält zum ersten Mal eine Abgeltung für ihre Zentrumslasten von 32,1 Mio Franken, muss jedoch 19,4 Mio mehr an den Finanzausgleichsfonds des Kantons leisten. Durch das FILAG ergibt sich eine Steuerbelastungsverschiebung von 7,6 Steueranlagezehnteln oder 156 Mio Franken. Das heisst, der Gemeindesteuerfuss wird künftig 1,54 betragen und die kantonale Steuerbasis 3,06. Die effektive Entlastung für die Stadt Bern beträgt 1,2 Steuerzehntel. Die grösste Lastenverschiebung findet im Sektor Bildung statt – mit 60,1 Mio Entlastung bei der Lehrerbesoldung und 8,9 Mio im Berufsbildungs- und Berufsberatungsbereich. Die Aufhebung des Lastenausgleichs im Spitalwesen bringt 45,8 Mio Franken, doch für die Schulzahnpflege muss neu 1 Mio Franken mehr bezahlt werden.

Die einmalige Ablieferung von 12,2 Mio Franken durch die Gas-, Wasser- und Fernwärmeversorgung zur Tilgung einer Restschuld trägt zur wesentlichen Verbesserung des Budgets bei. Im Sanierungsplan 1999–2002 wird eine Verbesserung von Fr. 2 305 990.00 ausgewiesen. Die zusätzlich budgetierten Massnahmen gemäss Portfolioanalyse bringen Verbesserungen von Fr. 3 606 800.00. Im Haushaltverbesserungspaket Nr. 8 bewirken die Übernahme des Teuerungsausgleichs auf Renten durch die Pensionskasse eine Entlastung von 8,4 Mio Franken und Wertschriftenverkäufe bringen 4,2 Mio Franken. Das 9. Massnahmenpaket bringt mit Ausgabenreduktionen und mit Mehreinnahmen eine Verbesserung von Fr. 18 686 000.00 für das Budget 2002.

Das strukturelle Defizit von 2 bis 3 Steuerzehnteln konnte leider trotz der Entlastung durch das FILAG, trotz Abgeltung der Zentrumslasten und trotz der erwähnten Massnahmenpakete nicht beseitigt werden. Zudem enthält das Budget 2002 Fr. 2 202 780.00 Neuausgaben, die gemäss Budgetweisungen des Gemeinderats in den zuständigen Direktionen kompensiert werden müssten. Der Gemeinderat hat leider bei der Regierungsreform nie die Absicht vertreten, im Rahmen der Neuorganisation der Direktionen eine Restrukturierung vorzunehmen, die einen Aufgabenverzicht klar definiert. Dies müsste um so mehr möglich sein durch die Entlastung des FILAG und durch die Aufgabenabtretung an den Kanton wie die Kantonalisierung der Berufsschulen und der Gymnasien. Deshalb haben wir das NSB-Projekt abgelehnt. Echte Sparanstrengungen beinhalten nicht nur punktuelle Kürzungen und Gebührenerhöhungen, sondern auch eine Redimensionierung des Aufgabenkatalogs, wozu sich der Gemeinde-

rat bis jetzt leider nicht entschliessen konnte. Infolge der Regierungsreform werden sogar bei den neu budgetierten Ausgaben Fr. 182 000.00 für Verschiebungen von Stabskapazitäten verlangt.

In den Weisungen zur Erstellung des Gemeindevoranschlages 2002 an die Verwaltungsdirektionen hält der Gemeinderat fest, dass die erforderlichen Sparanstrengungen rein im Rahmen des unerfreulichen Finanzplans und dessen Perspektiven zu sehen seien. Das Budget 2002 weist grosse Unsicherheitsfaktoren aus:

- Das angenommene Steuerwachstum von 11,5 Mio ist laut Wirtschaftswachstumsprognose, die in den letzten Wochen deutlich nach unten korrigiert worden ist, zu hoch angesetzt. Wir müssen froh sein, wenn die Steuereinnahmen nicht sinken.
- Wir sind klar gegen das von der Stadt verlangte Moratorium zur Abtragung des neurechtlichen Finanzfehlbetrages. Diese Aufschiebetaktik wird keine Verbesserung bringen. Es ist ein Verzweiflungsakt, den wir nicht akzeptieren können, weil wir in Zukunft nicht mehr Geld zur Verfügung haben werden. Zudem steht der Entscheid des Regierungsrats noch aus.
- Unsere Fraktion empfindet die von der Stadt der GWB geforderten 12,2 Mio als äusserst fragwürdige Aktion. Kurz vor der Verselbständigung des Werks wird ihm das nötige Startkapital entzogen. Die Stadt steckt damit die noch vorhandenen Reserven von einem Sack in den andern und erreicht damit ein ausgeglichenes Budget.

Das vorliegende Budget präsentiert sich trotz der effektiven Entlastung von 1,2 Steuerzehntel als Notszenario. Trotzdem wird sorglos in unnötige Projekte investiert und soll Geld für Sachen ausgegeben werden, die nicht dringend nötig sind. Margrit Thomet nennt als Beispiel die sogenannten Verkehrsberuhigungsmassnahmen am Bahnhofplatz und in der Seftigenstrasse, wobei Steuergelder sinnlos verschleudert würden, als könnte die Stadt immer noch aus dem Überfluss schöpfen. Ihre Fraktion könne dem vorliegenden Budget nicht zustimmen und unterstütze den Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion.

Michael Straub (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: Wie erwähnt, werden von der GWB 12,2 Mio Franken gefordert, was als Rechnungsausgleich bezeichnet werden kann. Wie sich bei den SVB zeigte, ist es nach einer Ausgliederung schwierig, noch offene Rechnungen zu begleichen. In der Rechnung 2000 werden noch offene Verpflichtungen als sogenannte Eventualschuld ausgewiesen, Defizite, die seit 1960 aufgelaufen sind. Der Zeitpunkt ist nun günstig, diese Rechnungen zu bereinigen. Die FIKO hat darüber diskutiert, inwiefern dieser Rechnungsausgleich berechtigt ist. Die GWB hat sich stark gewehrt und verlangt, dass alle abgelieferten Beträge und die Defizite aufgerechnet werden. Die FIKO kam mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage der Stadt zum Schluss, die Forderung der Stadt sei gerechtfertigt. Andererseits werden Leistungsverrechnungen mit den Sonderrechnungen konsequenter durchgeführt. Es geht dabei um Beträge bis zu einer Million pro Sonderrechnung. Es ist schade, dass diese Leistungsverrechnungen nicht bereits in früheren Jahren stattgefunden haben, damit alle Kosten richtig überwältzt werden können. Gespart wird mit dem 9. Massnahmenpaket bei den Beiträgen an Dritte (sehr kleine Beträge). Dadurch können aber ganze Projekte gefährdet sein und es geht ein Mehrfaches an Leistungsangeboten verloren. Unsere Stadtkasse kann nicht mit Kleinstbeträgen saniert werden. Es wird jedoch ein ausgeglichenes Budget vorgelegt. Die Aussichten sind zwar nicht gut, es stimmt jedoch nicht, dass wir mit dem Budget 2002 in den finanziellen Abgrund rasen. Unsere Fraktion lehnt den Rückweisungsantrag ab und empfiehlt dem Rat, auf das Budget einzutreten.

Raymond Anliker (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Das Budget 2002 ist ausgeglichen, es werden Schulden abgeschrieben, ein minimaler Teuerungsausgleich garantiert und es wird keine Steuererhöhung verlangt. Der Cashflow nimmt zu, es werden neue Aufgaben finanziert, die

Portfolioanalyse und die Sparpakete zeigen Wirkung, das FILAG hat enttäuscht, die Perspektiven sind düster. Ganz im Sinn einer konstruktiven Haltung, beantragt die FDP-Fraktion Rückweisung. Finanzpolitik mit einem Budget! Ein Widerspruch. Wir lehnen diesen unseriösen, nicht angebrachten Rückweisungsantrag, der auch die Verwaltungsarbeit in unverantwortlicher Weise verzögerte, ab. Die FDP bringt ein Sammelsurium an ewig gleichen Vorschlägen, die Mehrheit davon für 2002 nicht budgetrelevant und zum Teil schlicht der bürgerlich konservativen Ideologie oder den politischen Hauptthemen des freisinnigen Fraktionschefs verpflichtet. Immer wieder wird so getan, als ob ausgelagerte Aufgaben nicht weiterhin von der Stadt finanziert werden müssten. Wer trägt Sorge zum Service public? Wer denkt an die betroffenen Menschen? Einzelne Vorschläge sind es wert, weiterverfolgt zu werden. Auch wir werden zu gewissen aufgabenbezogenen Sparstrategien Hand bieten. Sitzen wir zusammen und formulieren gemeinsam ein 10. Massnahmenpaket! Aber bitte nicht als Bedingung für einen Rückweisungsantrag zu einem Budget. Wir werden dem Budget am Schluss der Detailberatung zustimmen. Der Voranschlag 2002 zeigt eines sehr deutlich: Trotz der enormen Sparanstrengungen seit 1992, erlauben es uns die Rahmenbedingungen nicht, aus eigener Kraft wieder schwarze Zahlen zu schreiben. Auch wir anerkennen, dass eine Steuererhöhung nicht realistisch ist. Es ist aber unverständliche Finanzarithmetik, in Zusammenhang mit dem FILAG von einer versteckten Steuererhöhung zu sprechen. Es wäre seltsam, zu verlangen, dass eine nicht gewährte Finanzentlastung eine Steuerreduktion zur Folge haben sollte, denn für die Steuerzahlenden ändert sich nichts. Bei der von der GWB geforderten Summe handelt es sich um berechnete Ansprüche der Stadt. Wir stehen zu unseren politischen Grundsätzen. Wir haben die Anträge von FIKO und GPK und der Fraktionen genau studiert und beziehen Stellung: Wir lehnen Anträge ab, die den sozialen und kulturellen Frieden gefährden, wir sparen nicht bei der Bildung, setzen die Integration nicht aufs Spiel und denken an die Umwelt. In einer Zeitung steht, die SP habe es abgelehnt, zusammen mit der Finanzdirektion die nötige Verantwortung zu übernehmen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Und der Rat weiss, wer im Gemeinderat auch finanzpolitisch Stellung bezogen hat. Leider hat unsere bereits 1999 gestellte Forderung nach deutlicheren, aufgabenbezogenen Strategien in der entsprechenden Direktion keinen Anklang gefunden. Für Aufruhr im Rahmen der Beratung in den Kommissionen hat bekanntlich auch die Tatsache gesorgt, dass zum Teil beschlossene Sparmassnahmen von einzelnen Direktionen ganz bewusst nicht umgesetzt worden sind, was erst durch ein verlangtes Controlling zutage kam. Daraus entstanden ist ein Schwarzpeterspiel, das uns nicht weiterbringt. Es kann doch nicht sein, dass letztlich wir Milizparlamentarier und -parlamentarierinnen entscheiden müssen, ob 16 oder 18 pikettdienstleistende Feuerwehrmänner nötig sind. Ausgangspunkt ist die Verweigerung von Sparmassnahmen. Hier muss eine Diskussion ansetzen und müssen Erklärungen geliefert werden. Es können von der betroffenen Direktion aber auch Alternativen und Varianten vorgeschlagen werden. Drohungen, Vorwürfe und Behauptungen bringen uns nicht weiter. Der Gemeinderat muss sich klarwerden, wie er mit diesem Sachverhalt umgehen will. Ein Sanierungspaket ist nur dann wirkungsvoll, wenn es auch umgesetzt wird. Wir übernehmen mit diesem Budget die Verantwortung für die Stadt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner und sind bereit, auf dieses Budget einzutreten.

- Der *Vorsitzende* begrüsst auf der Tribüne alt Stadtratspräsident Martin Frick, der die gleiche Diskussion im Stadtrat vor vier Jahren leitete. -

Michael Jordi (GB) hält fest, dass die Fraktion GB, JA!, GPB ebenfalls auf das vorliegende Budget eintrete. Er bezeichnet den Rückweisungsantrag der FDP als Obstruktion und „töi-pele“. Die konkrete Folge dieser Rückweisung wäre genau das Gegenteil dessen, was damit bewirkt werden sollte. Sie führte nicht dazu, dass ein Sparpaket erarbeitet werden kann, das

längerfristig wirksam ist, sondern bedingte, dass genau die Massnahmen ergriffen werden müssten, die möglichst schnell aus dem Boden gestampft und wofür möglichst schnell politische Mehrheiten gefunden werden können. Folge wäre auch, dass das Budget 2002 hundertprozentig vom Kanton erlassen werden müsste, denn es ist nicht möglich, dem Stadtrat innert der nötigen Frist ein neues Budget vorzulegen. Der Antrag bewirkte, dass die Gemeindeautonomie bereits am 15. November 2001 freiwillig aufgegeben werden müsste. Es ist auch nicht möglich, genügend Sparmassnahmen auf einmal umzusetzen. Auch der Kanton hat für sich ein stufenweises Vorgehen gewählt. – Steuereinnahmen sind immer Schätzungen. Dass die Konjunktur zu einer überhöhten Budgetierung der Steuereinnahmen geführt hat, kann ebenso wenig belegt werden wie andere Annahmen. Andere Unbekannte sind die Busseneinnahmen und die Investitionsfolgekosten, die sich auf Beschlüsse beziehen, die dem fakultativen Finanzreferendum unterstehen. Ein Budget ist nicht ein betriebswissenschaftliches Werk, sondern enthält u.a. auch eine Portion Politik. Wir werden auf das Budget eintreten.

Für die Fraktion CVP/ARP spricht *Daniel Kast* (CVP). Da schon vieles gesagt worden ist, werde er sich kurz halten. Das Budget ist ein Ergebnis der Finanzpolitik, die wir jahrelang bekämpft haben. Die Aussichten sind schlecht. Wir werden deshalb das Budget zurückweisen mit der Auflage, es seien für das Jahr 2002 weitere Sanierungsmassnahmen vorzuschlagen.

Allgemeine Umfrage

Jsabelle Blunschy (FDP) äussert sich zu den von der GWB geforderten 12,2 Mio Franken. Mit der Auslagerung von EWB und GWB in die Städtischen Werke Bern möchte die Stadt als angenehmen Nebeneffekt die Stadtfinanzen mitfinanzieren. Rückstellungen bzw. Spezialfinanzierungen der GWB sollen aufgelöst und der Stadt gutgeschrieben werden. Jsabelle Blunschy findet dieses Vorgehen betriebswirtschaftlich unverantwortlich und rechtlich fragwürdig. Sie kann nicht verstehen, dass das Parlament einer Auslagerung der Werke zustimmt und dem Unternehmen mehr Verantwortung übergeben will, gleichzeitig aber die Startchancen schmälert. Wollen wir das neue Unternehmen bevor es in den Markt entlassen wird wie eine Zitrone auspressen? Es handelt sich eigentlich um Darlehen und nicht um beschränkte Defizitübernahmen. Ein Zurückverlangen ist weder stichhaltig noch richtig. Vielmehr ist es so, dass die GWB mit der Defizitübernahme durch die Stadt à fonds perdu-Beiträge erhalten hat. Solch finanzielle Unterstützungen sind nicht rückzahlbar. Rückstellungen bzw. Spezialfinanzierungen basieren zudem immer auf betriebswirtschaftlichen Bedürfnissen. Sie sollen gewährleisten, dass nötige Investitionen und andere unvorhersehbare oder auch nicht planbare finanzielle Belastungen kurz- und mittelfristig aufgefangen werden können ohne eine neue Preispolitik betreiben zu müssen. Gerade dafür braucht die GWB ihre Spezialfinanzierungen, insbesondere im bevorstehenden Marktkampf auch im Gasbereich. Jede Unternehmung, die finanziell gesund dastehen will, hat solche Rückstellungen. Auch aus rechtlicher Sicht ist diese Massnahme höchst bedenklich. Sind die notwendigen Abklärungen über die Zulässigkeit dieser Massnahme getroffen worden? Wenn Ja, bei wem? Und was sagte allenfalls das Amt für Gemeinden und Raumordnung dazu? Jsabelle Blunschy ist der Meinung, dass diese Aufwertung einer Genehmigung durch das AGR bedarf. Es handelt sich nicht um eine Sparmassnahme, sondern um eine einmalige Schönung der Rechnung und um eine reine Umlagerung von Geld. Im Überschuldungsfall müsste die Stadt als subsidiäre Hafterin dieses Unternehmens wieder einspringen.

Walter Christen: Seit 1994 geben sich Stadt und Parlament erheblich Mühe, den Finanzhaushalt einigermassen ins Lot zu bringen. Alle wissen jedoch, dass dies nicht mit philosophischen Wahnvorstellungen verwirklicht werden kann, sondern harte Knochenarbeit erfordert. Wir sind auf gutem Weg. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung und die Bewoh-

nerinnen und Bewohner der Stadt ist es nicht schön, seit Jahren solche Sparpakete, Diskussionen und Streitereien darüber zu ertragen. Die Schlagzeilen über die Feuerwehr und die zur Schneeräumung und den Strassenunterhalt gestellten Sparvorschläge widerspiegeln das Dilemma, in dem wir stecken. Wenn wir den Mut gehabt hätten, die Ertragsseite anzupassen, wäre die heutige Situation anders. Es ist nicht der Steuerfuss, der potentielle Bewohnerinnen und Bewohner davon abhält, in die Stadt wohnen zu kommen. Viel wichtiger ist das Angebot an Bildung, Verkehr, Einkaufsbedingungen usw. Wir verhalten uns komplett antizyklisch, d.h. je mehr wir Service public abbauen, je mehr Leute werden die Stadt verlassen. Es sollte zum Wohle der Stadt Bern endlich eine vernünftige Finanzpolitik betrieben werden.

Peter Bernasconi (SVP): Das Aufwandbudget hat sich grundsätzlich nach dem Ertrag zu richten. Dank dem FILAG muss die Stadt rund 18 Mio Franken weniger Lohnkosten bezahlen. Seite 16 des Budgets geht hervor, dass der Aufwand gegenüber dem Budget 2001 ausser beim Personal überall geringer ist. Wie kommt dies? Peter Bernasconi fordert das Parlament auf, der Verwaltung nicht mit fragwürdigen Vorstössen immer mehr Aufgaben zu übertragen. Als Signet für die Stadt Bern könnte anstelle des Bären ein Känguru gewählt werden nach dem Motto: Grosse Sprünge mit leerem Beutel. Es sollte auch nicht Gutes auf Kosten anderer getan werden.

Direktorin FPI *Therese Frösch* bittet den Rat im Namen des Gemeinderats, den Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion, der nichts Neues bringe, abzulehnen, denn es wäre bis im Juni des nächsten Jahre nicht möglich, die verlangten griffigeren Sparmassnahmen vorzuschlagen. – *Jsabelle Blunschy* entgegnet Gemeinderätin *Frösch*, bei den 12,2 Mio der GWB gehe es nicht um eine Aufwertung. Mit der Genehmigung des Gasreglements haben die politischen Behörden gemäss Art. 16 Abs. 2 die nachträglichen Abgeltungen der Defizite 1960 – 1981 übernommen. Der Stand betrug am 30.12.2000 rund 13 Mio Franken (in der Bilanz GWB und in der Gemeinderechnung als Eventualverpflichtung aufgeführt). Diese Eventualverpflichtung ist auch von der GWB anerkannt worden. Es ist nicht nötig, das AGR zu begrüssen, weil mit dem Gasreglement eine gültige Rechtsgrundlage vorliegt. – Die Feuerwehr ist ein Zankapfel. Im Sparpaket ist sie mit 1 Mio vermerkt. Es geht nicht darum, die Feuerwehr abzubauen und die Sicherheit zu beeinträchtigen, sondern um zu prüfen, ob Sparmöglichkeiten bestehen. – Die Mehrkosten beim Personal sind erklärbar. 2,4 Mio inkl. Sozialleistungen gehen auf die Übernahme der Hallenbad AG/Sportbetriebe AG in die Direktion BUI zurück und 1,3 Mio betreffen die Teuerung.

Eintreten wird nicht bestritten.

Beschlüsse

1. Der Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion wird mit 41 : 31 Stimmen abgelehnt.
2. Mit 69 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung stimmt der Rat den unter Ziff. 2a bis c des Beschlussesentwurfs aufgeführten Gemeindesteuern ergänzt mit der Hundetaxe von 100 Franken als Bst. d zu.

Detailberatung des Voranschlages 2002

Antrag Gemeinderat:

S. 20: 030.3902.00 Interne Verrechnung DSI, Aufwandreduktion	- 43 320
S. 31: 210.4900.00 Interne Verrechnung Stadtpolizei, Ertragsreduktion	- 43 320

Beschluss

Diese interne Verrechnung wird stillschweigend genehmigt.

Antrag Fraktion SVP/JSVP:

S. 21: 040.3650.12 Beiträge an Quartier- und Partizipationsgremien - 66 000

Margrit Thomet (SVP) ist mit der Fraktion SVP/JSVP der Auffassung, dass die Leiste die Interessen der Quartiere und eines Dorfes in kompetenter Weise vertreten können, da in diesen Partizipationsgremien alle Parteien willkommen seien und ihre Interessen geltend machen könnten. Mit den zusätzlichen Quartierorganisationen entstehe in den Quartieren eine Aufsplitterung der Kräfte. In der heutigen Zeit der überladenen Agenden sei es oft schwierig, jemanden zu finden, der/die in beiden Partizipationsgruppen mitmache. Ihre Fraktion unterstütze die Arbeit und die wichtigen Aufgaben der Quartierleiste, lehne jedoch neue Ausgaben für neue Partizipationsgruppen ab.

Catherine Weber (GB) lehnt diesen Antrag im Namen der Fraktion GB, JA!, GPB ab. Es ist irritierend, wenn ausgerechnet eine Partei, welche die breite Mitbestimmung des Volkes immer hochhält, ausgerechnet bei der Mitwirkung sparen will. Zudem ist die Quartierkommission Bern-Nord vom Gemeinderat noch gar nicht anerkannt worden. Es ist nicht ersichtlich, weshalb gerade dieser Kommission ein Beitrag verweigert werden soll. Das Nordquartier ist der letzte Stadtteil ohne institutionalisierte Quartierkommission. Die Befürchtung, diese Quartierkommission werde vor allem eine linke Kommission, ist vollkommen falsch, denn es werden darin sämtliche Parteien vertreten sein. Auch die SVP-Nord arbeitet seit längerem im Verein Dialog Nordquartier aktiv mit. Die Diskussion, wie sinnvoll es ist, Quartierkommissionen zu finanzieren, kann bei der Behandlung des Reglements über die politischen Rechte geführt werden. Was die Fraktion SVP/JSVP mit ihrem Antrag verlangt, ist ungerecht und undemokratisch.

Michael Straub (EVP) lehnt diesen Antrag im Namen der Fraktion GFL/EVP ab. Der Dialog Nordquartier, worin auch der Leist vertreten ist, ist die Quartierkommission des Nordquartiers. Er soll als Quartierkommission aufgewertet werden, vertritt eine Bevölkerungsgrösse einer schweizerischen Kleinstadt, und es geht in dieser Kommission um echte Mitarbeit und nicht nur um Kopfnicken. Für solch komplexe Arbeiten braucht es auch eine Sekretariatsstelle, ein Ehrenamt reicht nicht aus. Die Quartierkommissionen erhalten einen Beitrag, der eine minimale finanzielle Unterstützung der Stadt zur Selbstorganisation der Quartierkommissionen darstellt. Die Rechnung des Dialogs Nordquartier ist bereits vom Finanzinspektorat überprüft worden, obwohl diese Kommission noch keinen Beitrag von der Stadt erhielt. Die Beiträge an Quartierkommissionen werden haushälterisch verwendet.

Béatrice Stucki (SP): Auch die Fraktion SP/JUSO lehnt diesen Antrag ab. Béatrice Stucki ergänzt die Argumente damit, dass im Nordquartier extreme Planungsvorlagen anstehen, die aus dem Quartier betreut werden sollten, z.B. ESP Bern-Wankdorf, S-Bahn-Stationen. Zudem sei das Nordquartier mit der BEA usw. ein sehr verkehrsbelastetes Quartier. Es brauche eine solche Quartierkommission.

Auch Stadtpräsident *Klaus Baumgartner* bittet den Rat, diesen Antrag abzulehnen. Betreffend Quartierkommissionen gelten die Richtlinien des Gemeinderats. Es geht hier darum, einen Betrag ins Budget zugunsten einer Quartierkommission im Breitenrain, wozu bereits Statutenentwürfe vorliegen, aufzunehmen. Dieser Antrag führte dazu, dass ein Nachkredit verlangt werden müsste, der in der Präsidialdirektion nicht kompensiert werden könnte. Alle Quartiere

sollten gleich behandelt werden. Zudem ist im Reglement über die politischen Rechte auch ein Abschnitt über die Quartierpartizipation enthalten. Dieses Reglement ist im Moment in der Vernehmlassung und wird vom Rat beraten werden können. Im Grundsatz ist die Quartierpartizipation auch in der GO verankert.

Beschluss

Der Rat lehnt den Antrag SVP/JSVP mit 44 : 24 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

Antrag der FIKO:

S. 23 110.3650.24 Kulturelle Infrastruktur + 10 000.00

Kathrin Suter (FDP) begründet diesen Antrag. Die FIKO ist mit 5 : 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen der Ansicht, wenn die Beiträge für die Grossen, z.B. das Stadttheater, erhöht oder auf dem Vorjahresbeitrag belassen werden, dürfe auch nicht bei den Kleinen gespart werden.

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner*: Der Gemeinderat schlägt im 9. Massnahmenpaket eine Kürzung von 10 000 Franken vor. Er ist der Meinung, dass dies verkraftbar sei. Der Rat möge den Antrag auf Erhöhung ablehnen.

Beschluss

Der Rat stimmt dem FIKO-Antrag auf Erhöhung des Beitrags mit 50 : 20 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

Antrag Fraktion SVP/JSVP:

S. 24: 110.3650.30 Reitschule, Betriebsbeitrag IKUR - 60 000.00

Margrit Thomet (SVP) begründet diesen Streichungsantrag. Die Reithalle erwirtschaftet mit ihren vielen kulturellen Veranstaltungen und insbesondere mit ihrem Restaurants und den Bars ein hohes Einkommen. Die Stadt stellt der Reithalle eine grosse Infrastruktur zur Verfügung, in die Millionen Franken investiert werden. Wir finden deshalb, ein Betriebsbeitrag erübrige sich. Andere Institutionen müssen für sie viel gravierende Kürzungen in Kauf nehmen.

Béatrice Stucki (SP) lehnt diesen Antrag, der von der Fraktion SP/JUSO als Strafaktion gegen die Reithalle gesehen wird, ab. In der Reithalle wird von vielen Leuten sehr viel Gratisarbeit geleistet. Zudem trägt die IKUR das Risiko für ihr kulturelles Angebot selbst. Dieser Betriebsbeitrag ist gerechtfertigt.

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner* bittet den Rat, auch diesen Antrag, der jedes Jahr wieder gestellt werde, abzulehnen. Er weist darauf hin, dass auch das Volk mehrmals Ja gesagt habe zur Reithalle und ihrem Betrieb. Dieses Kulturzentrum findet Anklang. Es ist deshalb richtig, die Kosten für die Ver- und Entsorgung von 60 000 Franken, wozu sich die Stadt vertraglich verpflichtet hat, weiterhin zu übernehmen. Im Hinblick auf die Fertigstellung der Renovation werden aber neue Vertragsverhandlungen geführt.

Margrit Thomet (SVP) weist darauf hin, dass sich die Stadt an die Abmachungen halte, die IKUR jedoch nicht. Die IKUR bezahlt weder Miete, noch Wasser, noch sonstige Gebühren. Die Streichung dieser 60 000 Franken gefährdet die Existenz der IKUR in keiner Art und Weise, denn sie erwirtschaftet genügend Einnahmen, um ihren Betrieb durchführen zu können.

Stephan Hügli (FDP) erkundigt sich, wie viel Billettsteuer die Stadt aus den Veranstaltungen in der Reithalle erhalte. Wenn der Kanton die Billettsteuer abschafft, ist vorgesehen, allen Institutionen, die bis jetzt die Billettsteuer abgeliefert haben, die Beiträge zu kürzen. Das heisst, die Kürzung von 60 000 Franken käme einer vorweggenommenen Beitragskürzung gleich, wenn die IKUR keine Billettsteuer abliefern.

Direktorin FPI *Therese Frösch* antwortet dem Vorredner, die IKUR bezahle Billettsteuern. Über die Höhe des Betrags wird sie sich erkundigen und dies *Stephan Hügli* mitteilen.

Beschluss

Der Streichungsantrag der Fraktion SVP/JSVP wird mit 42 : 26 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

FIKO-Anträge:

S. 24: 120.3010.00 Denkmalpflege, Besoldungen	- 8 400.00
S. 24: 120.3030.00 „ Arbeitgeberbeiträge, Sozialversicherungen	- 1 000.00
S. 24: 120.3040.00 „ Arbeitgeberbeiträge PVK	- 2 900.00
S. 24: 120.3050.00 „ Arbeitgeberbeiträge Unfall- und Krankenversicherungen	- 200.00
S. 24: 120.3650.00 Denkmalpflege: Beiträge an private Institutionen	- 30 000.00

Kathrin Suter (FDP): Die Mehrheit der FIKO beantragt aus strategischen Überlegungen, die Position 120 um 42 500 Franken zu kürzen mit dem Fernziel, dass die Leistungen der Denkmalpflege gestützt auf den gesetzlichen Auftrag primär durch den Kanton erbracht werden sollen. Sie geht davon aus, dass auch der Kanton Leistungen zu Gunsten der Weltkulturstadt Bern erbringen soll. Eine Minderheit der FIKO ist der Ansicht, eine Stadt mit dermassen vielen Denkmälern brauche eine gut funktionierende Denkmalpflege. Es dürfe am Etat der städtischen Denkmalpflege nicht gerüttelt werden, bis die Aufgabe tatsächlich vom Kanton übernommen werde. Die FIKO-Mehrheit empfiehlt dem Rat somit, die Kürzung im Massnahmenpaket Nr. 9 in Sachen Denkmalpflege von 57 500 auf 100 000 Franken, d.h. um 42 500 Franken zu erhöhen.

Oskar Balsiger (SP) lehnt diese Kürzungsanträge im Namen der Fraktion SP/JUSO ab, denn sie hätten mit dem strategischen Ziel, die Denkmalpflege zu kantonalisieren, nichts zu tun, da sie sofort wirksam wären. Eine Kantonalisierung der Denkmalpflege liesse sich nicht bereits morgen verwirklichen. Das Budget der Denkmalpflege ist in den vergangenen Jahren bereits massiv gekürzt worden. Gegenüber dem Zustand von vor fünf Jahren stehen nur noch 2/3 der Mittel zur Verfügung. Die Stadt Bern steht im Vergleich zu andern Schweizer Städten bezüglich Beiträgen beängstigend schlecht da, und mit einem bescheidenen Beitrag an Dritte löst die Stadt häufig Subventionen anderer Stellen (Kanton, Lotteriefonds, Bund) aus. Ferner hat eine nationale Stelle herausgefunden, dass mit jedem Subventionsfranken der Denkmalpflege acht Franken für das Klein Gewerbe für die Erhaltung der Kulturgüter ausgelöst werden. Der Rat möge die Kürzungen in der Höhe von total Fr. 42 500.00 ablehnen.

Ursula Rudin-Vonwil (GFL): Auch die Fraktion GFL/EVP lehnt diese Anträge ab. In der Denkmalpflege arbeiten wenige Personen. Der Aufwand wurde in den letzten fünf Jahren bereits um rund einen Drittel reduziert. Dieser Abbau ist substanziell. Von den in den Inventaren vorgesehenen drei Schutzkategorien (schützenswert, erhaltenswert und beachtenswert) wird letztere von niemandem mehr betreut. Über einen möglichen weiteren Abbau möchte unsere Fraktion inhaltlich diskutieren können und nicht im Rahmen des Budgets, und zwar im Bewusstsein darum, dass die Stadt Bern ein Weltkulturgut bleiben soll. Die Beiträge an Private sind

ein Anreiz und eine Anerkennung von Leistungen, welche Private im Interesse der Öffentlichkeit erbringen.

Auch *Michael Jordi* (GB) lehnt die Anträge ab. Auch wird die Ansicht, dass die grundsätzliche Debatte, durch wen die Denkmalpflege ausgeführt werden soll, nicht im Rahmen des Budgets geführt werden darf. Mit der vorgesehenen Kürzung von 30 000 Franken bei den Beiträgen an Dritte hat jedoch der Gemeinderat die inhaltliche Diskussion lanciert.

Stephan Hügli (FDP) hat dem Kürzungsantrag in der FIKO zugestimmt, möchte jedoch nicht, dass die Beiträge an private Institutionen gekürzt werden. Er bittet den Ratspräsident deshalb, über die verschiedenen Positionen einzeln abstimmen zu lassen.

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner* stellt fest, auch die Denkmalpflege sei ein Dauerthema. Es geht bei diesen Anträgen darum, etwas, das der Gemeinderat für 2003 vorsieht, um ein Jahr vorzuziehen. Die Verhandlungen mit dem Kanton finden aber erst statt, und mit dem Bund sollen Gespräche geführt werden, da das Weltkulturgut Stadt Bern als Ganzes unter eidgenössischem Denkmalschutz steht. Bis jetzt bezahlt die Eidgenossenschaft punktuell etwas an die Erhaltung der Münsterfassade. Das historische Kulturgut ist auch mit Lasten verbunden. Diese Anträge bedingten einen zusätzlichen Personalabbau bei der städtischen Denkmalpflege. Der Stadtpräsident wiederholt, dass die Stadt Bern das Prädikat UNESCO-Weltkulturgut nur erhalten habe, nachdem die städtische Denkmalpflege eingeführt worden sei. Im Bereich Tourismus ist das Weltkulturgut das stärkste Argument für die Stadt Bern. Wird die städtische Denkmalpflege vollumfänglich dem Kanton übertragen, riskieren wir den Verlust dieses Prädikats. Es ist zudem vorgesehen, im Rahmen der Baubewilligungsgesuche für denkmalpflegerische Belange einen entsprechenden Zuschlag zu erheben (ab 2003). Ohne unsere – personell bereits reduzierte – Denkmalpflege – würden Baugesuche, bei denen es um denkmalrelevante Fragen geht, deutlich verzögert. Dies ist uns vom Kanton schriftlich bestätigt worden. In der Regel dauert es nur eine Woche, bis denkmalpflegerische Fragen abgeklärt sind. Der Kanton teilte mit, er brauchte dafür mindestens einen Monat. Da die Baugesuche erfreulicherweise wieder zugenommen haben, bedeutete die Zustimmung zu den Anträgen eine Verzögerung der Gesuche. Beiträge der Stadt an Private lösen entsprechende Beiträge von Kanton und Bund aus. Der Stadtpräsident bittet den Rat deshalb, diese Kürzungsanträge abzulehnen.

Beschluss

1. Der Rat stimmt den Kürzungsanträgen zu den Konten 120.3010.00, 120.3030.00, 120.3040.00 und 120.3050.00 im Betrage von total Fr. 12.500.00 mit 35 : 33 Stimmen bei 4 Enthaltungen zu.
2. Der Kürzungsantrag zu Konto 120.3650.00 um Fr. 30 000.00 wird mit 45 : 10 Stimmen bei 17 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag FIKO:

S. 27: 150.4310.00 Bauinspektorat, Gebühren + 100 000.00

Kathrin Suter (FDP) teilt mit, dass eine knappe FIKO-Mehrheit dem Stadtrat beantrage, beim Bauinspektorat bereits im Jahr 2002 einen erhöhten Kostendeckungsgrad durch eine Gebührenerhöhung festzuschreiben. Sie ist sich bewusst, dass dies eine kleine Reglementsänderung bedingt. Die FIKO-Minderheit ist jedoch nicht bereit, nicht abgesicherte Positionen in das Budget aufzunehmen und gibt zu bedenken, dass sich eine Erhöhung der Gebühren um rund

einen Drittel kontraproduktiv auswirken könnte, indem kleine Bauvorhaben nicht mehr oder schwarz ausgeführt würden.

Kurt W. Weyermann (FDP) bittet den Rat, diese Gebührenerhöhung abzulehnen. Der Einbau eines Dachfensters kostet z.B. rund 350 Franken, für die Baubewilligung sind bereits heute Gebühren in der Höhe von 450 Franken zu bezahlen. Eine Gebührenerhöhung wäre absolut katastrophal.

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner*: Auch hier geht es darum, eine für 2003 vorgesehene Massnahme vorzuziehen. Der Rat lehnte es bis jetzt ab, noch nicht beschlossene Einnahmen in Budgets aufzunehmen. Solche Gebührenerhöhungen sind umstritten und müssen genau abgeklärt werden. Der Gemeinderat wird einen Vorschlag unterbreiten. Gerade die kleinen Gesuche sind für das Bauinspektorat nicht kostendeckend. Falls der Rat einer Gebührenerhöhung zustimmt, und nicht das fakultative Referendum dagegen ergriffen wird, wird es wahrscheinlich ab September möglich sein, höhere Gebühren einzufordern. Bei allem Verständnis für die Finanzlage der Stadt Bern bittet der Gemeinderat das Parlament, diese Erhöhung heute abzulehnen.

Eva von Ballmoos (GFL) hat angenommen, dass es sich bei diesen 100 000 Franken nicht um eine Gebührenerhöhung, die eine Reglementsänderung bedingt, sondern um eine konsequentere Ausschöpfung des Gebührentarifs handle, wozu der Gemeinderat befugt sei.

Der *Stadtpräsident* antwortet, Gemeinderat resp. das Bauinspektorat schöpfen den Rahmen konsequent aus. Eine Erhöhung der Gebühren bedinge eine Reglementsänderung.

Michael Jordi (GB) betont, bei diesem Antrag gehe es um einen Handlungsbeschleuniger. Die FIKO wollte erreichen, dass dieses Reglement beschleunigt behandelt, ab Mitte 2002 in Kraft gesetzt und für die im letzten Viertel 2002 eingereichten Baugesuche wirksam wird.

Beschluss

Der Rat lehnt den FIKO-Antrag auf Erhöhung um 100 000 Franken im Konto Bauinspektorat, Gebühren mit 37 : 35 Stimmen ab.

Antrag der Fraktionen GFL/EVP und GB, JA!, GPB:

S. 27 160.3010.00 Wirtschaftsförderung

- 200 000.00

Michael Jordi (GB): Es handelt sich bei diesem Antrag nicht um eine Strafaktion gegen die Wirtschaftsförderung, sondern um eine strategische Ausrichtung. Wir sind der Ansicht, dass die Wirtschaftsförderung nicht allein eine städtische Aufgabe sein kann, sondern zusammen mit Region und Kanton betrieben werden soll, und zwar in schnelleren Schritten als vom Gemeinderat vorgesehen. Der Moment ist richtig, um diese Kürzung vorzunehmen. In einem zweiten Schritt wird es darum gehen, abzuklären, auf welche Art die Ablösung des städtischen Wirtschaftsamtes in eine neue Struktur stattfinden kann, was mehr Zeit erfordern wird.

Rudolph Schweizer (SVP) bittet den Rat, diesen Antrag abzulehnen. Es geht um die Position Löhne. Eine Kürzung bedingte Kündigungen. Die Wirtschaftsförderung ist für die Stadt Bern sehr wichtig. Beispiele sind: ESP Bern-Wankdorf, ESP Ausserholligen, City-Schiene, Plattform Bahnhof. Wer will, dass Investoren nach Bern kommen, darf nicht bei der Wirtschaftsförderung zu sparen beginnen.

Rosmarie Okle Zimmermann (SP) lehnt den Antrag im Namen der Fraktion SP/JUSO ab. Der Gemeinderat ist dabei, die Regionalisierung der Wirtschaftsförderung zusammen mit dem Verein Region Bern anzugehen. Dies kann im Jahr 2002 noch nicht realisiert sein. Es braucht Verhandlungen. Der Gemeinderat hat im 9. Massnahmenpaket 300 000 Franken beim Wirtschaftsamt eingesetzt. Wir sind gegen Hauruck-Sparübungen, verlangen aber und werden überprüfen, dass diese Massnahme im Jahr 2003 tatsächlich umgesetzt wird.

Michael Straub (EVP) unterstützt den Antrag im Namen der Fraktion GFL/EVP. Er bedeutet keinen Angriff auf das Wirtschaftsamt, sondern es geht uns um das regionale Denken. Betriebe müssen im schweizweiten Wettbewerb in die Region geholt werden. Die Stadt bietet bereits viele Arbeitsplätze an, und das Verhältnis Arbeitsplätze/Einwohnende hat sich innerstädtisch zu Ungunsten des Wohnens entwickelt. Die Wirtschaftsförderung ist nicht nur Sache der Stadt, sondern muss aus regionalem und kantonalem Gesichtspunkt organisiert und getätigt werden. Das Wirtschaftsamt ist im Moment mit der wackeligen Olympiakandidatur beschäftigt. Die Argumente des Gemeinderats gegen den Kürzungsantrag überzeugen uns nicht.

Stephan Hügli (FDP) meint, es sei sinnvoll, die Wirtschaftsförderung zu regionalisieren. Der Gemeinderat will dies einleiten und im Jahr 2003 eine regionale Lösung präsentieren. Der Streichungsantrag bedeutet, den Tropf abzustellen, bevor der Patient gerettet ist. Das kann keine Lösung sind. Die FDP-Fraktion lehnt diesen Antrag deshalb ab.

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner* bestätigt, dass ein vorschnelles Handeln der Wirtschaftsförderung schadete. Es geht auch hier um eine Massnahme, die vorgezogen werden soll. Wir haben für das Jahr 2003 eine Kürzung bei den Besoldungen um 100 000 Franken und Mehreinnahmen von Region und Kanton von 200 000 Franken in das 9. Massnahmenpaket aufgenommen. 2001 und 2002 sind wir noch an Abmachungen mit Region und Kanton gebunden. Wir sind dabei, Verhandlungen über eine regionale Wirtschaftsförderung zu führen, an der sich auch der Kanton stärker beteiligen sollte. Die Region ist auch der Meinung, sie brauche ihre eigene regionale Wirtschaftsförderung. Die Zusammenarbeit mit dem Kanton ist gut, es gibt jedoch einen Grossrat, der sich nicht immer sehr freundlich gegenüber der Region verhält. Zwei Drittel der Arbeitsplätze in der Region befinden sich immer noch in der Stadt Bern, d.h. dass die Stadt entsprechende Beiträge an die Wirtschaftsförderung wird bezahlen müssen. Wir glauben jedoch, dass wir um netto 100 000 Franken im Jahr 2003 aufgrund des Konzepts entlastet werden können, jedoch nicht bereits 2002. Unsere Wirtschaftsförderung arbeitet nicht nur für die Ansiedlung von Arbeitsplätzen, sondern hat auch den Auftrag, dafür besorgt zu sein, dass diese Arbeitnehmenden in der Stadt oder in der Region Wohnsitz nehmen. – Es sollte auch nicht versucht werden, über diesen Kürzungsantrag die Olympiakandidatur zu torpedieren. Der Gemeinderat und die Volkswirtschaftsdirektion des Kantons haben beschlossen, bis anfangs Februar 2002 für die Olympiakandidatur eine Sachleistung zu erbringen, indem die Stadt Dres von Weissenfluh zur Verfügung stellt. Netto ist dies eine Sachleistung, welche die Stadt für die weiteren Arbeiten für Olympia zur Verfügung stellt, jedoch in der Meinung, dass dieses Geld dann entweder als Beteiligung am Organisationskomitee, das eine AG werden soll, verwendet wird oder dass dieser Betrag entsprechend zurückfliesst. Diese Sachleistung sollte nicht mit den allgemeinen Bemühungen für die Wirtschaftsförderung verwechselt werden. Der Gemeinderat bittet deshalb den Rat, diesen Antrag abzulehnen.

Beschluss

Der Rat lehnt den Kürzungsantrag zur Wirtschaftsförderung mit 53 : 16 Stimmen bei 4 Enthaltungen ab.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats:

Der Präsident: *Christoph Stalder*

Die Protokollführerin: *Jeannette Steiner*